



Zerstörtes Café Historil in Dschibuti 1987, Oberst Gaddafi 2009: Sprengsätze als Bestandteil libyscher Außenpolitik

DIPLOMATIE

Die vergessenen Opfer

Bei einem von Libyen initiierten Anschlag in Dschibuti kamen 1987 acht Deutsche zu Schaden. Jetzt wollen die Überlebenden Entschädigung.

An den Moment im März 1987, der sein Leben veränderte, erinnert sich Klaus von Bröckel noch so präzise, als wäre er erst ein paar Wochen her. Der Meeresbiologe saß in Dschibuti mit ein paar Kollegen auf der Veranda des Café Historil; die Stimmung war prächtig, am folgenden Tag sollten die Männer mit dem deutschen Forschungsschiff „Meteor“ in See stechen.

Doch dann knallte es. Im nächsten Moment lag Bröckel im Straßendreck, die Ohren taub, in den Fingern ein Kribbeln. Er stand auf, sah an sich herunter. Sein T-Shirt brannte, seine Turnschuhe waren weggerissen. Aus einem Loch im Unterarm spritzte Blut.

Ein Tunesier namens Hamoudi Hassan Adouani, Mitglied der palästinensischen Terrorgruppe PSF, hatte einen Aktenkoffer mit zehn Kilogramm Sprengstoff neben einem Tisch deponiert, einen Orangensaft bestellt und das Café verlassen, bevor der Sprengsatz detonierte.

Klaus von Bröckel, 63, arbeitet heute für das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften in Kiel. Er forscht immer noch auf hoher See, demnächst für zwei Wochen vor Hawaii. Doch bei jeder Fahrt spürt er die Folgen des Attentats.

Er ist zu 60 Prozent schwerbehindert. Daumen, Zeigefinger und Mittelfinger der rechten Hand sind seit dem Anschlag taub. Im Knie stecken Splitter,

hinter beiden Ohren trägt er ein Hörgerät. Klaus von Bröckel sagt: „Ich bin von oben bis unten kaputt.“

Zwölf Menschen starben bei dem Bombeninferno im Historil, darunter vier deutsche Wissenschaftler aus Kiel. Klaus von Bröckel und drei seiner Kollegen überlebten schwer verletzt. Gekolten hatte der Anschlag französischen Soldaten, die in Dschibuti stationiert waren und häufig in dem Lokal verkehrten. Der Attentäter, der im Auftrag von Mittelsmännern aus Libyen den Sprengsatz platziert hatte, wurde zum Tode verurteilt, die Strafe 1993 in Lebenslang umgewandelt. Eine Entschädigung haben die deutschen Opfer nie erhalten – auch weil die deutsche Justiz zögerte, das Gaddafi-Regime zur Verantwortung zu ziehen.

Die Revolution in Libyen macht Klaus von Bröckel jetzt Hoffnung, für die schweren körperlichen und seelischen Schäden doch noch eine Wiedergutmachung zu erhalten. Der Diktator Muammar al-Gaddafi ist aus dem Amt gejagt, die Auslandskonten des Regimes wurden eingefroren, auch in Deutschland. Könnten die Opfer des Anschlags von Dschibuti jetzt von der neuen Regierung mit einem Teil des Geldes entschädigt werden? „Es wäre eine späte Anerkennung“, sagt Bröckel.

Wie der Kieler Biologe melden sich nun weltweit Opfer eines Regimes, das über Jahrzehnte Tod und Terror exportierte. Gaddafis Blutspur ist lang. In der Geschichte des libyschen Geheimdienstes fin-



Biologe Bröckel

„Von oben bis unten kaputt“

den sich Verwicklungen in diverse Guerilla-Operationen palästinensischer Untergrundgruppen, die aus Tripolis unterstützt, zum Teil auch gesteuert wurden. Es wurde gebombt, geschossen, konspiriert, vor allem in den achtziger Jahren waren Sprengsätze ein fester Bestandteil der libyschen Außenpolitik. Und oft traf es zufällig am Tatort weilende Personen wie Klaus von Bröckel.

In Dschibuti hinterließen die Libyer Spuren. In einem Telegramm des Bundesnachrichtendienstes vom Juli 1987 heißt es, „Partnerdienste behaupten mit Bestimmtheit“, dass Gaddafi den Befehl erteilt habe, als „Rache für die französische Haltung im Libyen-Tschad-Konflikt“. Auch die deutsche Botschaft im Jemen kabelte 1988 ins Auswärtige Amt, die Ermittler vor Ort gingen davon aus, dass „Auftraggeber eindeutig Libyen war“. Die palästinensische Terrorgruppe stehe „bekanntermaßen ausschließlich in libyschem Sold“.

Für die spektakulärsten Fälle von libyschem Staatsterrorismus – wie den Bombenanschlag auf die Discothek La Belle in West-Berlin 1986 – hat Gaddafi nach langwierigen Verhandlungen mehrere Milliarden Dollar Wiedergutmachung geleistet. Davon flossen allein etwa 35 Millionen Dollar an Deutsche. Doch in anderen Fällen gingen die Geschädigten leer aus. Sie sind die vergessenen Opfer des Revolutionsführers, die nun auf späte Genugtuung hoffen – und auf ein Schmerzensgeld aus dem libyschen Staatsvermögen.

Gut 7 Milliarden Euro sind seit der Verabschiedung zweier Resolutionen des Uno-Sicherheitsrats allein in Deutschland eingefroren worden, davon 2 Milliarden bei der Bundesbank. Weltweit wurden rund 60 Milliarden Dollar arretiert. „Wir müssen dafür sorgen, dass diese Mittel nun schnell freigegeben werden“, sagte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im August.

Das Auswärtige Amt unterstützt das Anliegen der Dschibuti-Opfer. Die Diplo-

maten haben angeboten, „kanalisierend tätig zu werden und den Kontakt zur Übergangsregierung herzustellen“, wie es in Berlin heißt. Auf Anraten des Amts hat Bröckels Anwalt den neuen libyschen Botschafter Ali al-Kuthani darum gebeten, das „Entschädigungsbegehren wohlwollend“ zu prüfen; es gehe auch um „Rechtsstaatlichkeit und Aufklärung“ nach dem Sturz Gaddafis.

Sollte der Vorstoß erfolglos bleiben, erwägen Westerwelles Beamte direkte Gespräche mit der neuen libyschen Regierung. Im Zuge des sogenannten diplomatischen Schutzes könnten die Gesandten des Auswärtigen Amts, wie schon bei La Belle, eine Moderationsrolle übernehmen. Nach Westerwelles Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat zum militärischen Schutz libyscher Zivilisten wirkt die Mission wie ein Versuch, außenpolitischen Boden zurückzugewinnen. Still korrigiert das Ministerium damit aber auch seine Haltung zum Dschibuti-Anschlag.

Unter dem grünen Außenminister Joschka Fischer hatten die deutschen Diplomaten ein offizielles Begehren zur Zahlung von Entschädigungen noch abgelehnt. Da im Unterschied zum Anschlag auf die Discothek La Belle kein Gericht die „Verantwortlichkeit der Hintermänner“ festgestellt habe, fehle es leider an einer „Grundlage“ für „Ansprüche gegen Libyen“, heißt es in einem Brief vom Januar 2005.

Allerdings haben sich Ermittler nie darum bemüht, Libyen zu verfolgen. Die Justiz in Dschibuti habe „mangels Beweisen und aus politischen Gründen“ darauf verzichtet, wie das deutsche Auswärtige Amt im Juli 1987 urteilte. Und der damalige Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hatte das Verfahren nicht an sich gezogen – weil angeblich keine in Deutschland aktive terroristische Vereinigung hinter der Tat erkennbar gewesen sei. Ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Bonn dümpelt vor sich hin, seit 22 Jahren existiert ein deutscher Haftbefehl gegen den Attentäter Adouani.

Klaus von Bröckel hat im Internet gelesen, dass der Tunesier vor elf Jahren begnadigt wurde. Noch während seiner Haft hat Adouani 1999 einen Brief an den Deutschen geschrieben. Er bete zum Allmächtigen, dass sich Bröckel die „Heiterkeit“ bewahre und das Leben ihn mit „Freude, Glück und Frieden“ erfülle. 2007 erließ eine französische Richterin Haftbefehl gegen Adouani wegen eines mutmaßlichen weiteren Mordes.

Der Wissenschaftler aus Kiel verspürt heute keine Wut mehr. Die Entschädigung wäre jetzt, wo der Ruhestand nicht mehr fern ist, auch eine praktische Hilfe für ihn: Seine Schwerbehindertenrente wird auf die normale Rente angerechnet – und die ärztlichen Behandlungen kosten viel Geld.

SVEN BECKER, HOLGER STARK